

CDU fragt nach Umbau des Bahnhofes Bornheim-Sechtem

Der Ärger in der letzten Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates Köln am 23. Februar 2007 war bei allen Fraktionen groß. Wie die Bezirksregierung berichtete, sind die Planungen zum Umbau des Bahnhofes in Bornheim-Sechtem immer

noch nicht abgeschlossen. Die CDU ergreift nun die Initiative, um die Planungen und die Realisierung des Umbaus zu beschleunigen. In einem Schreiben wird die Bezirksregierung Köln aufgefordert, Auskunft über die

Verantwortung für die Planung und deren Dauer, über den weiteren zeitlichen Ablauf sowie über den möglichen Baubeginn zu geben. Sie finden das Schreiben auf der Homepage der CDU-Fraktion unter:

www.cdu-regionalrat-koeln.de

Neuwahl des Vorstandes der KPV Mittelrhein

Die Delegiertenversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) Mittelrhein hat am 17. März 2007 einen neuen Vorstand gewählt.

Neuer Vorsitzender ist Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt:

- Christoph Beyer (Rhein-Sieg-Kreis)
- Ursula Gärtner (Stadt Köln)
- Willi Harren (Rhein-Erft-Kreis)
- Andreas Klepke (Stadt Bonn)
- Stefan M. Seide (Stadt Leverkusen)

Als Gäste waren Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann, Landesvorsitzender der KPV NRW, und Hans Peter Lindlar, Regierungspräsident des Regierungsbezirks Köln anwesend. Zentrales Diskussionsthema war die aktuelle Debatte über die von der Landesregierung geplante Neufassung der Gemeindeordnung NRW.

Andreas Klepke wechselt nach Düsseldorf

Nach dreieinhalb Jahren verlässt er uns in Richtung Düsseldorf: Unser Geschäftsführer Andreas Klepke wird ab dem 01.04.2007 die Landtagsfraktion als wissenschaftlicher Referent unterstützen. Für seine unermüdliche Arbeit sei ihm bereits an dieser Stelle sehr herzlich gedankt. Mit seiner unerschütterlichen Ruhe hat er alle Klippen gemeistert, die im politischen Tagesgeschäft immer mal wieder auftauchen.

Und auch sein Sachverstand in den vielfältigen Themengebieten wird uns fehlen. Da er aber der CDU-Familie erhalten bleibt, wird es sicherlich auch zukünftig Gelegenheit zum Informations- und Meinungsaustausch geben. Bis dann!



Der Vorstand der CDU-Fraktion im Regionalrat

Vorsitzender

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

Stellvertr. Vorsitzende:

Heidi Rackwitz-Zimmermann,
Rhein-Sieg-Kreis
Reimund Billmann, MdL, Kreis
Aachen

Vorsitzender des Regionalrates Köln:

Gerhard Lorth, MdL,
Stadt Bonn

Beisitzer:

Dieter Heuel,
Rhein Sieg Kreis
(Vors. Verkehrskommission)

Prof. Dr. Ing. Erhard Möller,
Stadt Aachen
(Vors. Braunkohlensausschuss)

Dr. Dieter Pesch,
Kreis Euskirchen
(Stellv. Vors. Kommission für
Regionalplanung und Struktur-
fragen)

Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführer
Andreas Klepke M.A.
Zeughausstr. 2-10
50667 Köln

Tel.: 0221 / 139 54 46
Fax: 0221 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de

Aktuelle Infos unter:

www.cdu-regionalrat-koeln.de



... die KPV Mittelrhein hat einen neuen Vorstand ...

CDU - FRAKTION IM REGIONALRAT DES REGIERUNGSBEZIRKS KÖLN

RRK - Regionalrats-Report Köln



März 2007 - Ausgabe 26

CDU
im Regionalrat Köln

Zum Schaden für die Region - Wirtschaftsstandort Köln in Gefahr?!

Bereits vor der aktuellen Klimadebatte hatte die Bezirksregierung für die Stadt Köln (Innenstadt, Deutz, Mülheim) einen Luftreinhalteplan (kurz: LRP) erlassen, welcher die Einrichtung von Umweltzonen mit abgestuften Fahrverboten (Plaketenregelung rot-gelb-grün oder gar keine = sofortiges Fahrverbot) vorsieht. Die CDU-Fraktion hat daraufhin im Regionalrat eine Anfrage gestellt, um einerseits die Hintergründe der Aufstellung dieses LRP und andererseits die Auswirkungen näher beleuchten zu können.

Der LRP soll zum 01.01.2008 in Kraft treten. Diese Regelung ist eine rein deutsche Lösung, da das Europäische Recht erst ab 2010 die Einhaltung bestimmter Grenzwerte fordert und bei deren Überschreitung erst am Ende des 3. Quartals des Folgejahres ein solcher Plan erforderlich wäre. Innerhalb der bisher geplanten Umweltzone dürfen dann nach dem Jahreswechsel 2008 7,2 % der PKW-Besitzer ihre Fahrzeuge nicht mehr bewegen, beim Wirtschaftsverkehr (Nutzfahrzeuge) sind es rund 40%!!! Dabei ist davon auszugehen, dass es sich hierbei im Wesentlichen um kleine und mittlere Unternehmen handelt. Und da im Kölner Stadtgebiet nicht nur die ortsansässigen Unternehmen ihr Geschäft betreiben, wird ein ähnlicher Prozentsatz

von Unternehmen im direkten Umland betroffen sein.

Frau Höhn und Herr Trittin müssen eigentlich vor Freude tanzen, wird doch jetzt unter schwarzer Regierungsverantwortung in Bund und Land das eingeführt, was ihnen mit rot-grün nicht gelungen ist: Der Einstig in eine City-Maut und Fahrverbote in großem Stil. Und das alles aufgrund von EU-Richtlinien, die „über-perfektionistisch“ in deutsches Bundesrecht umgesetzt werden, so dass von da an alles seinen sozialistischen Gang nimmt (nehmen muss?) und weder die Kommunal- noch Landespolitiker an der Umsetzung beteiligt werden.

Am Beispiel Köln wird noch ein besonderer Spezialfall deutlich: Es gibt bisher überhaupt kein Feinstaubproblem in Köln! Nicht der Feinstaub, sondern die Messungen von Stickoxiden müssen daher als Begründung für die Einrichtung von Umweltzonen und Fahrverboten herhalten. Handelt es sich hierbei etwa um eine ‚lex specialis‘ für Köln? Die CDU- und FDP-Fraktionen im Düsseldorfer Landtag haben inzwischen erkannt, dass die bisherigen Regelungen nicht der Weisheit und der fachlichen Erkenntnis letzter Schluss sind und in einem gemeinsamen Antrag u.a. eine gezielte Ursachenforschung und daraus folgend Ursachenbekämpfung gefordert. Auch das Europäische Parlament hat inzwischen (nach Aufstellung des LRP durch die Bezirksregierung) eine Überarbeitung der Feinstaubrichtlinie beschlossen. Danach soll u.a. die Anzahl der zulässigen Überschreitungen von 35 auf 55 Tage erhöht werden.

Thema Feinstaub ein vollkommen wirres Bild. Der Umweltminister will den Feinstaub durch die Umweltzonenregelung reduzieren (Benzin-PKW's tragen nicht zur Feinstaubbelastung bei, sind aber trotzdem vom Fahrverbot betroffen), der Verkehrsminister und der Bundesfinanzminister entlasten Dieselaautos hingegen bei der Mineralölsteuer und der Bundeswirtschaftsminister fördert Holzpellet-Heizungen und somit eine erhöhte Feinstaubentwicklung. Alles klar? Und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich unlängst erfolgreich gegen schärfere Umweltauflagen für die deutsche Autoindustrie auf europäischer Ebene durchgesetzt und propagiert stattdessen den Einbau von Energiesparlampen statt Glühbirnen.

Den letzten beißen die Hunde, und das sind in diesem Falle die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die mit den ‚falschen‘ Fahrzeugen unterwegs sind. Die wahren Verursacher sind jedoch die Autoindustrie (wie war das noch mal mit der Verfügbarkeit von Russpartikelfiltern?) und eine seit Jahren völlig inkonsequente Politik auf Bundesebene. Und der in Sonntagsreden stets von allen gelobte Wirtschaftsstandort Köln wird mit einem Wettbewerbsnachteil ausgestattet, denn in Köln Geschäfte zu machen kann zukünftig teurer werden – oder man geht direkt nach Düsseldorf.

Ihr

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Themen in dieser Ausgabe:

- Seite 1: **Luftreinhalteplan Köln**
- Seite 2: **Novellierung des Landesplanungsgesetzes/ Närrisches am Rande**
- Seite 3: **Städtebauinvestitionen 2007**
- Seite 4: **Umbau Bahnhof Bornheim-Sechtem/ verschiedene Meldungen/ Impressum**

Die Regierung in Berlin zeigt beim

Sondersitzung des Regionalrates am 19. Januar 2007**Resolution zur Novellierung des Landesplanungsrechts**

Im Rahmen einer Sondersitzung ließen sich die Mitglieder des Regionalrates Köln am 19. Januar 2007 den Gesetzentwurf der Landesregierung NRW zur „Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr“ erläutern. Außerdem wurde die folgende Resolution der CDU-Fraktion zur Novellierung des Landesplanungsgesetzes beschlossen:

„Im Jahre 2001 wurde durch das damalige Landeskabinett der Landesplanungsbericht vorgelegt, der die Basis für eine längst überfällige Novellierung und Modernisierung des Landesplanungsrechtes in NRW bilden sollte. Diese Aufgabe soll nunmehr von der heutigen Landesregierung aufgegriffen und endlich umgesetzt werden.“

NRW ist heute räumlich geordnet. Um die Zukunftsfähigkeit des Landes auch durch eine moderne und zukunftsfähige Landesplanung zu gewährleisten, ist eine Reform des landesplanerischen Instrumentariums zwingend erforderlich. Schnelle Entscheidungswege, Straffung von Verfahren, Erweiterung des Handlungsspielraums der Regionen sowie die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit sind dringend geboten.

Um diese Ziele zu erreichen, sind insbesondere folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Zur Straffung des Planwerks auf Landesebene ist eine Zusammenlegung von Landesentwicklungsprogrammgesetz und Landesentwicklungsplan in Gesetzesform erforderlich. Dabei sind die Darstellungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.
2. Die Regionalräte müssen klare Kompetenzzuweisungen in allen wichtigen Infrastrukturbereichen erhalten, um ihrer Funktion als Bündelungsorgan und Mittelinstanz gerecht zu werden. Dies bezieht sich insbesondere auf die Regionalpläne, verkehrliche Maßnahmen, Förderprogramme des Landes von regionaler Bedeutung und Regionalkonferenzen.
3. Die Verfahren zur Aufstellung und Änderung von Regionalplänen bedürfen einer Straffung. Hierzu gehört insbesondere die Ersetzung der Genehmigungs- durch eine Anzeigepflicht.
4. Auch der ländliche Raum braucht im Rahmen der Regionalplanung ausreichende Entwicklungsflächen. Dazu bieten vorrangig aufgegeben und aufzugebende Liegenschaften (Militärstandorte, Industriebrachen) gute Chancen. Um Freiflächen nicht unnötig in Anspruch zu nehmen, sollen zum Schutz
5. Zu den landesplanerischen Zielen gehört eine nachhaltige, flächendeckende und leistungsstarke Landwirtschaft, die einen zentralen Beitrag zur Versorgung der 18 Mio. Einwohner in NRW leistet. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, hochwertige landwirtschaftliche Flächen vor der Inanspruchnahme als Ausgleichsflächen zu schützen und an gut geeigneten Standorten zusammenhängende Flächen in ausreichender Größe mit Vorrang für die landwirtschaftliche Nutzung planerisch sichern zu können.
6. Die Sicherung von heimischen Rohstoffen ist ein wichtiger Standortfaktor für das Land NRW. Erforderlich sind jedoch verbindliche Regelungen im Landesplanungsrecht, die eine sinnvolle Steuerung der Rohstoffgewinnung planerisch ermöglichen und einen unregulierten Wildwuchs („Schweizer Käse“) verhindern können.

der landwirtschaftlichen Produktionsflächen vorrangig Instrumente des Flächentausches zur Anwendung kommen. Außerdem sollen die Möglichkeiten, den notwendigen Ausgleich grundsätzlich durch Verbesserungsmaßnahmen in Waldgebieten, in und an Gewässern und in bereits bestehenden Naturschutzgebieten zu realisieren, verbessert werden.



... bereits im Jahr 2001 wurden mit dem Landesplanungsbericht Vorschläge zur Verbesserung der Landes- und Regionalplanung gemacht ...

Karneval 2007**Rüttgers und die rote Pappnase - Teil 1**

In einer Büttensrede in Köln schilderte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers seinen närrischen Tagesablauf:

06:30 Uhr: Aufstehen. Kurze Morgengymnastik gegen den Bierkater des Vortages. Beim Rasieren fällt mir auf, dass ich

noch die Pappnase aufhabe.

08:00 Uhr: Morgenappell beim Reiterkorps „De löstige Husare“. Ich bedanke mich beim zweiten Vorsitzenden für die originelle Idee, mir eine Flasche „Rüttgers-Club“ zu schenken. Wie ist er ei-

gentlich darauf gekommen?

11:00 Uhr: Herrenfrühschoppen einer großen Kölner Karnevalsgesellschaft zu Ihrem 150-jährigen Bestehen. Ich äußere mich erfreut, so viele Gründungsmitglieder zu sehen.

(Fortsetzung Seite 3)

Städtebauinvestitionen 2007 in Sondersitzung beschlossen**Regionalrat beauftragt KRS mit Beratung und Beschlussfassung**

Die Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen (KRS) hat in einer Sondersitzung am 9. Februar 2007 das Programm „Städtebauinvestitionen 2007“ abschließend beraten und den Programmorschlag der Bezirksregierung Köln letztendlich beschlossen.

Die Sondersitzung war erforderlich, da der Regionalrat nicht dem Landesplanungsgesetz (LPIG) entsprechend beteiligt worden ist. Nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 LPIG ist die Bezirksregierung verpflichtet, mit dem Regionalrat die Vorbereitung und Festlegung von raumbedeutsamen und strukturwirksamen Planungen sowie Förderprogrammen und -maßnahmen des Landes von regionaler Bedeutung auf dem Gebiet des Städtebaus zu beraten. Die erstmalige Behandlung des Programmorschlags erfolgte jedoch erst in der Sitzung des Regionalrates Köln am 19. Januar 2007, obwohl die Bezirksregierung den Programmaufstellungserlass von der Landesregierung bereits am 14. November 2006 erhalten hatte und die Beteiligungsfrist für die Kreise, Städte und Gemeinden des Regierungsbezirkes Köln am 30. November 2006 endete.

Mit Blick auf diese, nicht dem LPIG entsprechende Beratungs-

folge, hat die KRS in der Sondersitzung am 9. Februar 2007 außerdem eine Resolution beschlossen, in der alle Beteiligten aufgefordert werden, in Zukunft eine fristgerechte Befassung der Regionalräte sicherzustellen. Hierzu gehört insbesondere die Abstimmung der Sitzungstermine der Regionalräte auf die Abläufe in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene. Der von der CDU-Fraktion eingebrachte Resolutionstext, der einstimmig beschlossen wurde, lautet:

„Die Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates Köln fordert die Bezirksregierung Köln, den Landtag Nordrhein-Westfalen sowie die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, die Regionalräte an der Beratung und Beschlussfassung der Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß § 9 Landesplanungsgesetz fristgerecht zu beteiligen. Eine nachträgliche Befassung ist nicht akzeptabel.“

Das Programm sieht für das Jahr 2007 Landesmittel für ganz NRW von 86 Mio. € vor. Dabei entfallen allein 84

Mio. € auf Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten vier Jahre. Nur 2 Mio. € sind für neue Projekte vorgesehen. Die Landesmittel werden außerdem vollständig zur Kofinanzierung der Bundesmittel für die städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, für die Soziale Stadt und für den Stadtumbau West eingesetzt. Zusammen mit den Bundesmitteln in Höhe von 58 Mio. € ergibt sich somit ein Haushaltsansatz von insgesamt 144 Mio. €.

Nach dem Bevölkerungsschlüssel würden auf den Regierungsbezirk Köln rund 35 Mio. € entfallen. Allerdings ergibt sich durch die REGIONALEN 2008 und 2010 ein erhöhter Förderbedarf, so dass das Fördervolumen höher ausfallen wird. Für die Maßnahmen der Kategorie A wurden 83 Förderanträge eingereicht, deren Volumen von 46 Mio. € zur Förderung im Jahr 2007 vorgeschlagen werden. Mit den erhöhten Mittelansätzen berücksichtigt die Landesregierung die niedrigeren Fördersätze der letzten Jahre, als Regionalen in anderen Teilen von NRW höhere Bewilligungen erhielten. Mit dem Programm „Städtebauinvestitionen 2007“ ist die Finanzierung der REGIONALEN somit sichergestellt.

... durch die Strukturförderprogramme EuRegionale 2008 und Regionale 2010 fließt in den nächsten Jahren mehr Geld in die Region ...



Informationen zur Regionale 2010 finden Sie unter:

www.regionale2010.de



Informationen zur EuRegionale 2008 finden Sie unter:

www.euregionale2008.de

Karneval 2007**Rüttgers und die rote Pappnase - Teil 2**

15:00 Uhr: Karnevalsfeier im Sauerland. Es gibt ordentlich Pils. Bin immer wieder erstaunt, wie viel Bier in manche Westfalen reingeht, ohne dass sie lustig werden.

17:00 Uhr: Treffen mit den Wintergenossenschaften. Nach dem 20. Glas informiert mich mein Referent darüber, dass die anderen die Proben ausspucken.

20:00 Uhr: Irgendeine Prunksitzung von irgendwelchen Fun-

ken, deren Farbe ich vergessen habe. Erste Konditionsprobleme. Diskret bitte ich meinen Referenten, mich am Stuhl festzubinden.

01:45 Uhr: Peinlicher Fauxpas am Ende der Veranstaltung. Werde dabei fotografiert, wie ich versehentlich in die Limousine der ebenfalls anwesenden SPD-Landesvorsitzenden einsteige. Fliege aber achtkantig raus, als ich

in Verkennung der Situation lalle: „Zu Euch oder zu uns?“

02:30 Uhr: Endlich zu Hause. Als ich reinkomme, bellt mein Hund wütend los. Er beruhigt sich aber schnell, als ich meine rote Pappnase wieder aufsetze. Er hatte mich ohne Nase nicht mehr erkannt.

(Quelle: „Rheinische Post“ vom 13.02.2007)



... närrisches am Rande...